

2. Erleichterungen für das von SARS-CoV-2 besonders betroffene Gewerbe während der kälteren Jahreszeiten

Dringliches Postulat von Marc Bourgeois (FDP, Zürich) und Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) vom 31. August 2020

KR-Nr. 315/2020, RRB-Nr. 960/30. September 2020 (Stellungnahme)

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 30. September 2020 bekannt gegeben. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Im Gegensatz zum Antrag des Regierungsrates zum Vorstoss zur Einreisequarantäne (KR-Nr. 316/2020) haben wir hier eine ausführliche, sachliche und inhaltlich korrekte Antwort erhalten, wofür ich mich beim Regierungsrat sehr bedanke. Leider ist die Antwort etwas formalistisch geraten. Es ist ja unbestritten, dass viele der Regelungsgegenstände, um die es geht, in kantonale Kompetenz fallen. Problematisch ist ja vor allem das politische Signal des Regierungsrates. Beim Postulat geht es um eine Stossrichtung, und hier wäre es insbesondere um eine Signalwirkung an die Gemeinden gegangen. Wobei man sagen muss: Es gibt gewisse Signale in der Antwort, die die Gemeinden durchaus auch auffordern und sagen: «Diese und jene Möglichkeit habt ihr ja, also tut es bitte auch!»

Der Regierungsrat ist eher zurückhaltend im Anordnen von Covid-Massnahmen, das ist gut so. Er ist vorbildlich im Durchsetzen der geltenden Regeln, das ist gut so. Aber er ist sicher nicht besonders stark im Bereich von Erleichterungsmassnahmen für die Wirtschaft, damit Schäden gar nicht erst entstehen können. Dabei gibt es durchaus auch informelle, eben etwas weniger formalistische Arten, wie man die Gemeinden beeinflussen kann; ich erinnere an den Brief bezüglich Parkbussen von Mario Fehr (*Sicherheitsdirektor*). Aber auch der hier anwesende Regierungsrat (*Baudirektor Martin Neukom*) hat einmal bezüglich der Baugesuche während des Lockdowns die Gemeinden kontaktiert und gesagt: «Hey, ihr müsst schauen, dass das weiterläuft.» Also diesen Weg gibt es durchaus. Und dieser Weg ist übrigens auch immer noch möglich. Ich denke, es ist nicht sinnvoll, sich hier auf formalistische Argumente zu versteifen und das Haar in der Suppe zu suchen, zum Beispiel bei unökologischen Heizpilzen.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind notwendig. Sie sind heute notwendiger als zum Zeitpunkt des Einreichens des Vorstosses. Sie sind aus epidemiologischen Gründen notwendig. Die Fallzahlen sind eine Woche, nachdem das Wetter umgeschlagen hat, explodiert. Fachleute rätseln, wieso, aber sie sagen alle: Plausibel ist es, dass die Menschen sich mehr in Innenräumen aufgehalten haben. Die Massnahmen sind aber auch aus wirtschaftlicher Sicht notwendig. Die heutigen Corona-Vorgaben ermöglichen weniger Umsatz und damit weniger Jobs auf gegebenem Raum. Das betrifft übrigens nicht nur den Gastro-Bereich, es betrifft

auch andere Bereiche wie den Detailhandel. Sie müssen auch im Winter ihren Raum erweitern können. Denn nun, da die Abende kühler werden, drohen weitere Einbussen. In der Stadt Zürich etwa hat sich die Zahl der Arbeitslosen aus dem Gastgewerbe gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Oberstes Gebot in einer solchen Ausnahmesituation wäre entschiedenes Handeln, und zwar nicht nur mit Subventionen, sondern eben auch mit unbürokratischer, vielleicht etwas unformalistischer Hilfe. Wenn viele Restaurants und Bars den Winter nicht überleben, ist niemandem geholfen. Geschlossene Lokale und leere Strassen wünscht sich niemand ernsthaft. Deshalb braucht es mehr Raum und es braucht eine bessere Verteilung der Kundschaft. Das geht im Winter aber nun mal nur mit begleitenden Massnahmen, fallweise – aber nicht zwingend – mit Aussenheizungen. Dabei reden wir nicht nur von diesen Heizpilzen. Man sollte das umfassende Anliegen nicht auf diese Frage reduzieren, wie das die Medien getan haben. Dass das Heizen der Umwelt kein besonders sinnvolles Anliegen ist, leuchtet sogar Klimaleugnern ein, insbesondere, wenn keine erneuerbaren Energien verwendet werden. Wir reden hier aber von einer zeitlich beschränkten Dauer und haben gleichzeitig sehr viele Effekte im Rahmen von Corona, die klimaentlastend wirken. Die paar Heizpilze wären wahrscheinlich der Tropfen auf dem heissen Stein gewesen. Entsprechende Erleichterungen hätten in einzelnen Fällen helfen können, der Knüller – das muss ich zugeben – ist es nicht. Fragwürdig ist aber schon die Diskussion darüber, ob und, falls ja, welches Modell von Heizstrahlern in einer solchen Ausnahmesituation erlaubt sein soll. Es wäre weit günstiger, Schäden erst gar nicht entstehen zu lassen, als diese dann mit einer Vielfalt von Instrumenten wieder zu beheben und reparieren zu müssen.

Nun haben wir natürlich vorhergesehen, dass sich der Regierungsrat wahrscheinlich aus der Verantwortung stehlen wird, und haben kurz darauf einen ähnlich lautenden Vorstoss im Zürcher Stadtparlament eingereicht, dort mit Erfolg. Die Stadt Zürich hat die meisten unserer Forderungen – zumindest im Rahmen ihrer Möglichkeiten – umfassend umgesetzt, womit das Fazit bleibt: Die Stadt Zürich ist näher an den Sorgen der Bevölkerung und des Gewerbes als der Regierungsrat. Das ist doch für einmal ein erstaunlicher Befund. Auf den Punkt gebracht, bitten wir den Regierungsrat, in diesen Fragen, aber auch ganz generell für die nähere Zukunft: Geben Sie der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht nur monatelang die Peitsche, geben Sie ihr zum Ausgleich auch mal Zuckerbrot. Und damit meinen wir nicht primär Almosen vom Staat, sondern auch die Möglichkeit, das zu tun, was die Wirtschaft und die Wirtschaften am liebsten tun, nämlich Wirtschaften. Besten Dank.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Aufgrund der steigenden Zahlen bestätigter Covid-19-Fälle hat der Bundesrat die Massnahmen zur Eindämmung des Virus verschärft. Dies hat erneut enorme Auswirkungen auf die Wirtschaft, besonders auf die Betriebe in der Gastronomie und Hotellerie, Freizeit, Unterhaltung, Kultur, Nachtleben sowie für den Detailhandel. Epidemiologen rechnen damit, dass uns SARS-CoV-2 den ganzen Winter hindurch begleiten wird, und vermutlich noch lange darüber hinaus. Viele Menschen meiden daher jetzt Innenräume aufgrund

der erhöhten Ansteckungsgefahr. Und gerade jetzt, wo es kalt wird und man nicht mehr im Freien sitzen kann, drohen den genannten, besonders betroffenen Branchen weitere Einbussen. Nachdem den Gewerbetreibenden aufgrund von SARS-CoV-2 immer neue und rasch wechselnde geschäftsschädigende Bestimmungen auferlegt werden, sollte es jetzt auch möglich sein, schnell und unbürokratisch Entscheide zu fällen, welche den Betrieben und deren Kundinnen und Kunden das Leben erleichtern. So könnte zumindest ein Teil der Umsatzeinbussen abgefangen werden. Diese Erleichterungen wären klar an die Corona-Epidemie gebunden, so dass nicht die Gefahr eines «Providuriums» besteht. Der teilweise vorübergehende Eingriff des Kantons in Gemeindekompetenzen entlastet die Gemeinden davon, dass sie selbst zahllose Verordnungen und Reglemente vorübergehend anpassen müssten. Dies erscheint aufgrund der zeitlichen Beschränkung und der Dringlichkeit der Massnahmen effizient und angemessen.

Die Begründung der Dringlichkeit des Postulates: Entsprechende Erleichterungen machen nur Sinn, wenn sie jetzt passieren, kommuniziert und umgesetzt werden. Dabei denken wir insbesondere an die folgenden vorübergehenden Massnahmen: Vereinfachte Bewilligungen für Fahrnisbauten, wie Zelte, Baracken et cetera, die Aufhebung des Verbots von Heizungen im Freien, unbürokratische Bewilligung von Installationen für die Frischluftzufuhr sowie die Luftreinigung, das Anbringen vorübergehender Werbung an oder vor eigenen Bauten, wie Plakate, Passantenstopper et cetera, die Anweisung an staatliche Kontrollorgane, bei der Überprüfung dieser Betriebe den Entscheidungsspielraum maximal auszunützen und mit Augenmass vorzugehen; dies, sofern die Massnahmen die weitere Ausbreitung von SARS-CoV-2 einschränken oder die Geschäftsmöglichkeiten der Betriebe verbessert werden, ohne die Verbreitung von SARS anzufeuern. Mittels Effizienz, aus zeitlichen Gründen oder zwecks einheitlicher Handhabung kann dies auch durch den Eingriff in Gemeindekompetenzen erfolgen, so wie auch viele der coronabedingten Einschränkungen in die Gemeindekompetenzen eingreifen. Wo Bundesrecht betroffen ist, soll sich der Regierungsrat auf Bundesebene für entsprechende rasche und unbürokratische Massnahmen einsetzen.

Die letzten acht Monate der Corona-Krise waren alles andere als leicht. Corona schränkt uns nicht nur alle ein, sondern bedroht ganze Berufszweige und Existenzen. Das mit dem Postulat geforderte Konzept ist daher sehr wichtig, um unsere coronageschwächte Wirtschaft zu stärken und für das besonders betroffene Gewerbe vorwiegend während der kälteren Jahreszeit die notwendigen Entlastungen zu schaffen. Helfen Sie mit, dass es nicht immer mehr Betriebe gibt, die Konkurs anmelden müssen, was unweigerlich auch immer mehr Arbeitslose nach sich zieht.

Die SVP ist der Meinung, dass es dieses Postulat braucht, und wir fordern Sie daher auf, diesem Postulat zuzustimmen. Danke.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Zu diesem Postulat lässt sich am ehesten sagen: Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Die meisten gewünschten Punkte sind bereits umsetzbar. So können die Gemeinden schon heute Bewilligungen für temporäre

Witterungsschutzbauten vor Restaurants oder anderen Einrichtungen unbürokratisch und schnell erteilen. Es ist zu bedenken, dass eine frühzeitige Abklärung bei der örtlichen Baubehörde beziehungsweise die Einholung einer Bewilligung im Interesse der Gesuchstellenden liegt. Diese erhalten dadurch Rechtssicherheit, und drohende Nutzungskonflikte können frühzeitig erkannt werden. Dass Heizungen im Freien nur mit erneuerbaren Energien oder nicht nutzbarer Abwärme möglich sind, findet die SP wichtig und richtig. Es kann nicht sein, dass wir ein Problem schlecht lösen und dafür ein grösseres schaffen. Da möchten wir nicht mit einem kurzfristigen Entscheid das Klimaziel aus den Augen verlieren. Auch der Punkt «unbürokratische Erweiterung der Öffnungszeiten» ist weder für das Gastgewerbe noch für die SP ein Thema. Die Gastronomiebetriebe, die überhaupt noch offen haben, müssen einen Minimalumsatz erzielen können, damit sich die strengen Corona-Massnahmen umsetzen, aber auch finanzieren lassen.

Ich möchte euch darauf hinweisen, dass wegen der Corona-Massnahmen bereits verhältnismässig viele Weihnachtessen abgesagt wurden – verständlicherweise. Unsere Bitte seitens des Gastgewerbes – da spreche ich als Gastgewerbevertreter – an die privaten wie auch die öffentlichen Arbeitgeber: Schenken Sie anstelle des Firmenessens im Restaurant den Mitarbeitern einen Gutschein für ein persönliches Weihnachtessen mit der Familie oder mit Freunden in einem Restaurant. Ich kann Ihnen versichern, dass die Restaurants alles daransetzen, dass die Corona-Massnahmen durchgesetzt werden und solche Essen im kleinen Rahmen, halt an Vierertischen in den Restaurants mit mehr Platz als zu Hause, professionell und ohne Bedenken sicher durchgeführt werden können. Damit helfen Sie mit, dass eine wichtige Branche auch dieses schwierige Jahr überleben kann. Wichtig ist, dass man reserviert, damit genügend Personal eingesetzt werden kann. Und bitte halten Sie sich dann auch selbst an die aktuellen Corona-Massnahmen.

In diesem Sinne werden wir das unnötige Postulat nicht unterstützen und dafür persönlich mithelfen, damit die Corona-Massnahmen durchgesetzt und die Wirtschaft trotzdem mit den möglichen Massnahmen unterstützt wird.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Am 31. August 2020 wurde das dringliche Postulat eingereicht. Heute nun, in der elften Woche danach, behandeln wir es hier im Rat. Das Corona-Virus hält uns alle in Atem. Die Ereignisse rund um die Entwicklung und Ausbreitung haben uns eingeholt, nein, überholt. Was immer wir hier tun, ist reagieren, zum Agieren kommen wir gar nicht. Das hat zur Folge, dass wir meistens oder eigentlich immer zu spät sind mit Interventionen, um den Alltag und das Leben von Wirtschaft und Bevölkerung um und mit dem Corona-Virus zu verbessern oder zu vereinfachen. Deswegen lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

Lassen Sie mich dennoch einige Anmerkungen zum Inhalt des dringlichen Postulates und der Antwort des Regierungsrates machen: Heizen im Freien mit Heizpilzen zum Beispiel ist bereits heute möglich, wir haben die Gesetzgebung dafür. Es gibt kein Verbot eines solchen Heizens. Allerdings – und da ist entscheidend – dürfen Heizpilze nur mit erneuerbaren Energien oder nicht anders nutzbarer Abwärme betrieben werden. Dass wir diese Form des Heizens, zum Beispiel mit

Holzpellets, nicht nur befürworten, sondern auch erwarten, versteht sich von selbst. Schliesslich ist sie Bestandteil unserer aktuellen und geplanten Energie- und Klimapolitik. Bei den Öffnungszeiten von Betrieben und der Beschäftigung von Arbeitnehmenden besteht heute schon eine weitgehende Liberalisierung und wird bereits mit viel Wohlwollen und Augenmass angewendet. Bei den Baubewilligungen dagegen macht es sich der Regierungsrat mit Blick auf die wegen der Corona-Krise erwünschten Erleichterungen etwas einfach. Er verweist an die zuständigen Gemeinden. Klar ist für uns, dass jede Gemeinde Anlass, Dringlichkeit und Mass oder Umfang der möglichen Erleichterungen unterschiedlich interpretieren wird. Sie werden tendenziell mit Erleichterungen eher zurückhaltend sein. Das könnte einen Flickenteppich innerhalb des Kantons an verschiedenen Lösungen zwischen «Alles ermöglichen» oder «Alles untersagen» zur Folge haben. Daran können wir aber kein Interesse haben, weil so eine Branche ungleich behandelt würde. Der Regierungsrat könnte, wie schon bei den Finanzkompetenzen der Gemeinderäte während des Lockdowns, einen befristeten Erlass herausgeben, indem er die Erleichterungen kantonsweit einheitlich bestimmt. Das vorliegende Postulat formuliert für uns wichtige wirtschaftliche Fragestellungen. Es zielt zu Recht auf einen mit seinen Bewilligungen möglichst beweglichen Kanton. Die Situation für die beschriebene Branche ist schwierig und ihre Unterstützung in unseren Augen grundsätzlich ein wichtiges Anliegen. Es wird auf der anderen Seite auch schon viel getan und an den wenigsten Punkten ist der Kanton im Lead. Aber eben, hier schliesst sich der Kreis zu meinem Eingangsvotum: Das Anliegen ist leider überholt. Aus dieser differenzierten Betrachtung lehnt die Grünliberale Fraktion das Postulat ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): «Vielen Dank für Ihre Unterstützung», das sagte der Wirt vom «Schwiizer Pöschli» in Rifferswil tatsächlich, als er meine Frau und mich am vergangenen Freitag herzlich verabschiedete. Und als guter Gastgeber hat er seine Angst vor einem Konkurs natürlich für sich behalten. Unterstützung ist tatsächlich ein Wort, das im kommenden Winter in den meisten Gastro-Betrieben noch häufiger fallen wird. Aber auch in anderen Bereichen wird der Ruf dann lauter werden. Wie Unterstützung aussehen kann, hat der Zürcher Stadtrat gerade erst vorgemacht, indem er der Gastro- und Kulturbranche mit Erleichterungen durch den Winter helfen will. Wetterschutz-Bauten können ohne Bewilligung erstellt und öffentliche Boulevardflächen dürfen mit erneuerbaren Energien beheizt werden. Der unbürokratische Witterungsschutz ist sowohl für Gastronomie-Betriebe, aber auch für Museen und Theater vorgesehen. Das Beheizen von Aussenflächen mit erneuerbaren Energien war auf Privatgrund bereits erlaubt. Doch nun dürfen auch Boulevardflächen auf öffentlichem Boden geheizt werden, sofern Pellets oder Holz die Energie liefern. Wer primär für vereinfachte Verfahren und die unbürokratische Genehmigung von temporären Ausnahmeregelungen zuständig ist, zeigen genau diese Beispiele. Es sind nämlich in erster Linie die Städte und Gemeinden, die aktiv werden sollen und dürfen. Und dass sie den notwendigen Ermessensspielraum haben, macht die Antwort des Regierungsrates deutlich. Es gibt aber auch Einschränkungen auf

kantonaler Ebene, die nur Bundesbern aufheben könnte, zum Beispiel, wenn es um die Beschäftigung von Arbeitnehmenden geht.

Die Anliegen der Postulanten sind sicher wichtig und würden vom «Schwiizer Pöschli»-Wirt wohl ebenfalls geteilt. Aber der Kanton ist nun mal der falsche Adressat, zumal er im konkreten Fall nicht rechtzeitig intervenieren könnte. Selbst gedopte Schildkröten haben eine Maximalgeschwindigkeit.

Die EVP wird das dringliche Postulat ablehnen. Aber wir erwarten – und da bin ich mit Jürg Sulser einig –, wir erwarten vom Regierungsrat, dass er überall dort, wo es in seiner Macht steht, Augenmass walten lässt und die Gemeindeexekutiven mit grosszügiger Auslegung von übergeordnetem Recht unterstützt. Der Vorschlag von Claudia Hollenstein seitens der GLP ist hier ausdrücklich unterstützungswürdig.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Dieser Vorstoss greift ein durchaus berechtigtes Anliegen auf, er greift aber bei den Lösungen fehl. Es ist in der Tat so, dass die Gastronomie, wohl das Hauptziel oder die Hauptadressatin – oder wie man es nennen will – in der aktuellen Corona-Krise – man kann es auch «Corona-Situation» nennen, wenn man das Wort «Krise» nicht benutzen will –, am stärksten von der aktuellen Situation betroffen ist. Ich habe selbst auch Gespräche mit diversen Restaurantbesitzern geführt, die mir auch sagten, dass sie schon längst Verluste machen und teilweise die Lokale auch nur offenhielten, weil sie dadurch zumindest die Arbeitsstellen der Angestellten sichern konnten. Aber solche kleinen Restaurants selber haben keinen Anspruch auf ALV (*Arbeitslosenversicherung*) und sind auf wirtschaftliche Hilfen beziehungsweise Finanzhilfen von Bund und Kantonen angewiesen. Hier besteht durchaus Handlungsbedarf.

Was Sie hier nun präsentieren, ist ein Potpourri von anderen Massnahmen und Vorschlägen, die aber nicht ganz zusammenpassen. Diese Massnahmen sehen wir teilweise äusserst kritisch, der Vorstoss ist daher auch in seiner Gesamtheit abzulehnen. Wenn man über vereinfachte Bewilligungen für manche Sachen durchaus diskutieren kann, ist dies wohl nicht der Hauptpunkt des Vorstosses. Und wie bereits von meinen Vorrednern ausgeführt, kommen Sie ein bisschen wie die alte Fasnacht daher. Wer die Situation ein bisschen beobachtet hat, hat bereits gemerkt, dass die Gemeinden beziehungsweise die Städte Winterthur und Zürich ja längst reagiert haben und entsprechende Massnahmen, wo sinnvoll – oder vielleicht aus unseren Augen ein bisschen übertrieben oder vorschnell –, bewilligt haben. Aber sie reagieren auf jeden Fall. Und wir hier vom Kanton sind weiter entfernt und, wie wir hier auch sehen, nicht nur weiter entfernt, sondern auch viel langsamer.

Einer der Hauptkritikpunkte des Vorstosses ist jedoch auch, dass es ein Heizpilz-Vorstoss ist. Hier wollen die Postulanten wohl kaum – zumindest darf man das klar annehmen –, dass nachhaltige Heizpilze gefördert werden, sondern sie wollen Gaspilze erlauben. Dies ist in unseren Augen der falsche Weg. Man soll nicht die eine Krise, die Corona-Krise, bekämpfen, in dem man die andere Krise, die Klimakrise, beiseiteschiebt; hier braucht es andere Lösungen.

Ebenfalls sorgsam muss man mit einer generellen Erlaubnis von längeren Öffnungszeiten sein, denn solch eine Öffnungszeiten-Erweiterung hat durchaus auch einen Einfluss auf die Anwohner, wenn Gastronomie-Betriebe einfach bis weit in die Nacht geöffnet haben. Auch hier sind wir wieder bei den Gemeinden und Städten, die hier näher an den Anwohnern und auch bei den Gastronomie-Betrieben dran sind und individuelle Entscheide beziehungsweise Lösungen finden können, wohingegen eine Regelung für den ganzen Kanton eher fehlgreift oder zu weit weg vom Geschehen ist. Warum die Postulanten letzten Endes dann noch die Gastronomie-Betriebe mittels Anbringen von mehr Werbung und Passantenstoppern, die wohl zuvor mit entsprechenden Kosten produziert werden müssten, unterstützen wollen, ist uns vollends ein Rätsel. Es ist schlichtweg niemandem gedient, wenn einfach überall noch mehr Werbung herumhängt, als es bereits heute gibt.

Die Alternative Liste lehnt dieses Postulat aus den vorgenannten Gründen ab. Wir setzen darauf, dass die Gemeinden hier individuelle Lösungen finden. Sie sind hier viel näher dran. Und wir setzen darauf, dass es wirkungsvolle Finanzhilfe gibt, die sinnvoll ist, und dass wir hier nicht irgendwelche Massnahmen beschliessen oder ein Potpourri von Massnahmen, wie hier vorgeschlagen, treffen, die schlussendlich nur ein Tropfen auf dem heissen Stein sind. Es braucht wirkungsvolle Massnahmen beziehungsweise eben Finanzhilfen, über die Sie wahrscheinlich weniger gern diskutieren. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ja, dieses Postulat hat viel Lärm gemacht und relativ wenig Effekt erzielt. Deshalb lehnen wir Grüne dieses Postulat ab. Gleichwohl gibt es aber zumindest einen Punkt, den wir befürworten und den ich hier besonders hervorheben möchte, nämlich die Bewilligung von Fahrnisbauten und Zelten. Da sehen wir einen durchaus guten Punkt, der hier angesprochen und aufgegriffen worden ist, freilich – es wurde jetzt auch schon gesagt – auf der falschen Ebene. Wenn gesagt worden ist, die Stadt Zürich sei da bereit gewesen, einem ähnlichen Anliegen entgegenzukommen, einem ähnlichen Vorstoss, dann – wen wundert's – ist das nämlich genau die richtige Ebene. Die Städte und Gemeinden haben Ermessensspielräume, um solche Bewilligungen zu erteilen. Jetzt habe ich in der Stadt Zürich selber noch gar nicht viele solche Zelte oder Erweiterungen gesehen, erst relativ wenige. Hingegen gibt es sie auf dem Land: Zum Beispiel in Herrliberg war eine solche Bewilligung kein Problem, beim Restaurant «Blüemlisalp» gibt es bereits ein Zelt, das man auch besuchen kann, völlig unabhängig von diesem Postulat. Sie rennen also hier in diesem Punkt eigentlich offene Türen ein, es braucht es nicht, dieses Postulat.

Dann zum Thema «Heizpilze», darüber wurde ja sehr viel diskutiert in den Medien, auch kontrovers diskutiert. Unsere Haltung, die Haltung der Grünen ist klar, wir kennen die gesetzlichen Bestimmungen: Heizpilze sind dann erlaubt, wenn sie mit nachhaltigen Energien betrieben werden. Aber auch dann ist das für uns Grüne selbstverständlich weiterhin eine Energievergeudung. Es macht überhaupt keinen Sinn, den Aussenraum, die Luft draussen zu heizen. Diese Energie entweicht subito und ist für immer verloren. Also machen Sie etwas Klügeres. Wir

raten den Leuten, auch mal eine Wolldecke auszuprobieren, denn schliesslich macht man mit einem Heizpilz noch keinen Umsatz, weil im Freien darunter kaum mehr als ein, zwei Biere getrunken werden. Oder man geht wieder hinein, nachdem man eine Zigarette geraucht hat. Also das ist, geschätzte Postulanten, nicht matchentscheidend.

Dann merkt man diesem Vorstoss halt an, dass man so ein bisschen eine Deregulierungsträume unter dem Mäntelchen von Corona ausleben möchte. Und das mit der Werbung, dass es jetzt wieder möglich werden sollte, überall Werbung aufzustellen, Passantenstopper dort, wo man sie normalerweise nicht darf, damit retten wir keinen Betrieb in der Corona-Krise. Ähnlich ist es mit der Verlängerung der Öffnungszeiten. Wer geht denn um 1 Uhr noch ein Cordon bleu mit Pommes frites essen? Auch da kenne ich niemanden. Und warum wir dann auch noch die staatliche Kontrolle der Betriebe lockern sollen, wie wenn in Zeiten von Corona andere Massstäbe in der Hygiene zum Beispiel gelten sollten als ohne Corona. Ich muss ganz ehrlich sagen: Auch in Zeiten von Corona ist die Hygiene bekanntlich ein sehr wichtiges Problem.

Also: Zum einen rennen Sie hier mit einzelnen Punkten offene Türen ein, zum anderen helfen andere Punkte den Gastro-Betrieben nicht wirklich weiter. Ich vertraue übrigens auf unsere Wirte, ich vertraue darauf, dass sie kreativ sind, dass sie gute Ideen haben. Und ich vertraue auch auf unsere Bevölkerung, dass man doch ab und an noch etwas essen geht, dass man die Betriebe im Dorf, die man erhalten möchte, eben auch einmal mit einem Besuch beglückt und vielleicht nicht nur zur Hauptzeit, zur Primetime um acht Uhr, sondern vielleicht auch einmal um halb zehn, damit die wenigen Tische, die vorhanden sind, auch gut ausgenützt werden. Ich glaube, das nützt unseren Wirtinnen und Wirten beileibe viel mehr als ein Passantenstopper, den sie noch vor der Tür aufstellen dürfen.

Wir Grüne lehnen das Postulat aus den genannten Gründen ab, und ich bitte Sie, das ebenfalls zu tun. Ich danke Ihnen.

Regierungsrat Martin Neukom: Es ist tatsächlich so, dem Gastgewerbe – und nicht nur dem Gastgewerbe – steht ein sehr harter Winter bevor. Ich denke, es ist daher sinnvoll und wichtig, dass die Politik tut, was sie tun kann, um solche Betriebe zu unterstützen. Marc Bourgeois hat es gesagt, die Stadt Zürich hat die Forderung seines Postulates bereits umfassend umgesetzt. Solche positiven Worte von Marc Bourgeois über die Stadt Zürich habe ich noch nie gehört, da bin ich etwas erstaunt. Aber es zeigt, dass die baulichen Verfahrensvorschriften, um die es hier geht, ausreichend flexibel sind, sodass die Gemeinden, ohne dass wir noch etwas tun müssen, die Flexibilität haben und diese nutzen können.

Nun hat Marc Bourgeois gesagt, der Regierungsrat sende mit dieser Ablehnung des Postulates das falsche Signal. So möchte ich diese Antwort des Regierungsrates nicht verstanden wissen. Es ist nicht ein Signal, die Gemeinden sollten nichts tun. Der Regierungsrat begrüsst es ganz explizit, wenn die Gemeinden tun, was sie tun können, um das Gewerbe, in diesem Fall spezifisch das Gastgewerbe, zu unterstützen. Selbstverständlich – und das müssen wir uns auch in dieser Lage bewusst sein – gilt es unterschiedliche Interessen abzuwägen. Denn Sie wissen,

es gibt auch Quartiervereine und Nachbarschaften, die sich dann entsprechend beklagen, wenn es mehr Lärm gibt. Hier gibt es also eine Interessenabwägung zu machen, und vielleicht fällt diese Interessenabwägung während der Corona-Zeit zugunsten des Gewerbes aus, indem man sagt: In der Corona-Zeit ist das Interesse des Gewerbes, dass wir das Gewerbe stützen können, damit es überleben kann, bis wieder die Normalität einkehrt, vielleicht höher zu gewichten. Auch ich fordere die Gemeinden explizit dazu auf, die Flexibilität zu nutzen, um das Gastgewerbe zu unterstützen. Viele tun dies bereits. Wir dürfen uns aber auch keine Illusionen machen, das hat Thomas Forrer vorhin ja gut ausgeführt. Nur weil wir im Freien ein paar Zelte aufstellen oder etwas mehr Werbung aufhängen, ist das Gastgewerbe noch lange nicht gerettet. Also diese Massnahmen sind im besten Fall ein Tropfen auf dem heissen Stein. Es wird vermutlich trotz allem schwierig werden für die Gastro-Branche. Leisten Sie Ihren eigenen Beitrag und trinken Sie, wenn Sie das nächste Mal dort sind, einen zusätzlichen Glühwein. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, das Postulat abzulehnen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 93 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 315/2020 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.